

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (02 28) 21 90 38/39
Telex: 8 86 846 ppbr d

Inhalt

Volker Hauff MdB zur Politik der Bundesregierung zum „schadstoffarmen“ Auto: Zahlenspiel statt Luftverbesserung.

Seite 1

Wolf-Michael Catenhusen MdB zu Reagans Drohungen gegen Nicaragua: Ein „zweites Libyen“ verhindern.

Seite 3

Dr. Wilhelm Bruns zu den von Gorbatschow in Ostberlin präsentierten Abrüstungsvorschlägen: Noch niemals soviel Entgegenkommen.

Seite 4

Karl Weinhofer MdB zur Entscheidung des Hamburger Amtes für Arbeitsschutz: Aufhebung des Verbots der Sonntagsarbeit korrigieren.

Seite 6

37. Jahrgang / 79

25. April 1986

Zahlsenspiel statt Luftverbesserung

Zur Politik der Bundesregierung zum „schadstoffarmen“ Auto

Von Dr. Volker Hauff MdB
Stellvertretender Vorsitzender der SPD-Bundestagsfraktion

Die Absicht der Bundesregierung, nun auch die Alt-Diesel steuerlich zu fördern und ihnen das Prädikat „schadstoffvermindert“ zu verleihen, ist zur Zeit das letzte Glied einer Kette von umweltpolitischen Fehlleistungen in Zusammenhang mit dem sogenannten schadstoffarmen Auto. Gleichzeitig ist dieser Vorgang typisch für die gesamte Umweltpolitik der Bundesregierung: Erfolgsmaßstab ist nicht die Verbesserung der Luft, sondern die Verschönerung von Zahlenbilanzen über die Durchsetzung des schadstoffarmen Autos.

1. Mit Begriffen wie sauberes/schadstoffarmes Auto sollen zur Zeit die Leute für dumm verkauft werden:

– Da feiert Innenminister Zimmermann, der Anteil der Kraftfahrzeuge bei den Neuzulassungen sei um 16 Prozent gegenüber dem Vormonat gestiegen; faktisch ist das ein Anstieg von etwas unter 0,3 Prozent auf etwas über 0,3 Prozent des gesamten Pkw-Bestandes. Von den 26 Millionen zugelassenen Pkws am 1. April 1986 gab es jedenfalls erst knapp 100.000 mit dem geregelten Drei-Weg-Katalysator. Mit anderen Worten: Durch die Politik der Bundesregierung setzt sich nicht eine moderne, sondern eine veraltete Technik durch.

– Jeder dritte neu zugelassene Pkw ist ein Diesel, davon das Gros nach EG-Norm (21,5 Prozent EG-Norm-Diesel, 6,8 Prozent US-Norm-Diesel).

– Mehr als die Hälfte dieser angeblich sauberen Autos erfüllt nur die EG-Norm. Ob diese Pkw bei höheren Geschwindigkeiten überhaupt sauberer sind als herkömmliche Fahrzeuge wird weder geprüft noch garantiert. Ab Tempo 50 kann er zum Himmel stinken, wie jüngst der ADAC feststellte.

Verlag, Redaktion und Druck:
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH
Heussallee 2-10, Pressehaus I/217
5300 Bonn 1, Postfach 120408

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50
mtl. zuzügl. Mwst und Versand.

Produktion: Druckerei
mit normalem Recycling-
Kunststoffpapier



Da ihr zu tauglichen Maßnahmen der Mut fehlt, greift die Bundesregierung zu eher untauglichen: Ich erinnere an die unbefriedigende Abfas-Sonderuntersuchung.

2. Die Bundesregierung nimmt Fehlentwicklungen ihrer Politik bewußt in Kauf: Die fortschrittlichsten Abgasminderungstechniken - geregelter Drei-Weg-Katalysator und der Rußfilter zur Erzielung der US-Abgas-Dieselwerte - werden vom Markt verdrängt. Statt dessen setzen sich veraltete Technologien durch.

Der ausgelöste Boom von Diesel-Pkw ohne jeden Rußgrenzwert ist ohne umweltpolitische Vernunft: Wenn der scharfe Partikel-Grenzwert für Diesel noch lange auf sich warten läßt, werden wir uns in Kürze mit dem Problem der krebserregenden Substanzen auseinandersetzen müssen.

Diese Politik bereinigt nur Statistiken, nicht aber die Luft. Das Katalysator-Fahrzeug setzt sich derart langsam durch, daß die Stickoxidminderung durch den Anteil schadstoffarmer Pkw geringer ausfällt als der Stickoxidanstieg durch die Zunahme des Pkw-Bestandes und der Pkw-Fahrleistungen. Mit anderen Worten: Heute haben wir trotz sogenannter sauberer Autos mehr Stickoxide aus dem Pkw-Verkehr als noch vor einem Jahr.

Unsere Forderungen an die Bundesregierung:

1. Schnellstmögliche Einführung des US-Partikelwertes für Diesel-Pkw.
2. Einführung des Tempolimits. Die Bundesregierung muß endlich ihren Widerstand gegen die EG-einheitliche Geschwindigkeitsbegrenzung aufgeben. Dann wird auch endlich der Weg frei für die Festlegung des Dieselwertes.
3. Änderung der Abgas-Sonderuntersuchung: Herausnahme solcher Pkw mit langlebigen Zündanlagen, bei denen jährliche Motoreinstellungen zur Verbesserung der Abgaswerte schlicht überflüssig sind; Fortentwicklung der ASU, damit diese für Diesel- und Katalysatorfahrzeuge auch tatsächliche Aussagen über die Funktionstüchtigkeit von Abgasminderungstechniken zuläßt.

(-/25.4.1986/vo-he/rs)

* * *



Nicaragua darf nicht das „zweite Libyen“ werden

Die Europäer dürften sich von Reagan nicht in den Kampf gegen „das Böse“ einbinden lassen

Von Wolf-Michael Catenhusen MdB

„Bekämpfung des internationalen Terrorismus“ - wer will sich abseits stellen, wenn es um ein internationales, konzertiertes Vorgehen gegen Todeskommandos geht, die die internationale Zivilluftfahrt heimsuchen und denen immer wieder Bürger zahlreicher Staaten zum Opfer fallen? Es ist auch die Aufgabe der Westeuropäer, diese Geißel des Zusammenlebens der Völker zu bekämpfen und Staaten zu ächten, die terroristische Killerkommandos ausbilden und ihnen Unterschlupf gewähren.

Der amerikanische Präsident Reagan hat nur wenige Tage nach dem militärischen Angriff auf Libyen nun die Katze aus dem Sack gelassen: Seine messianisch-religiös geprägte Außenpolitik strebt offen an, „den Willen des amerikanischen Volkes, seine Freiheitsliebe und seinen nationalen Heldenmut“ gegen mißliebige Regierungen weltweit zu mobilisieren, die durch Etikettierung als „Terroristen-Staat“ international isoliert und „zum Abschluß“ im Sinne des Wortes freigegeben werden sollen.

Nicaragua - ein „Terroristenstaat?“ Dieser Vorwurf an Nicaragua fällt voll auf die Reagan-Regierung zurück. Denn was sind die von Reagan zu „Freiheitskämpfen“ hochgejubelten Contras in ihrem Kern anderes als von den USA finanzierte, trainierte und angeleitete Killerkommandos, die durch Überfälle, Sabotageakte und Liquidierung von Regierungsbeamten Nicaragua wirtschaftlich und politisch destabilisieren sollen. Interessant in diesem Zusammenhang: US-Behörden ermitteln wegen einer Verwicklung der Contras in Waffen- und Rauschgiftgeschäfte.

Ein amerikanischer Präsident, der sich seine Contras gegen mißliebige Länder wie Nicaragua hält, ist als Weltpolizist ungeeignet. Die Bundesrepublik Deutschland muß sich der Gefahr widersetzen, unter dem Vorwand der Terroristenbekämpfung in eine weltweite Strategie der militärischen Aggression gegen „kommunistisch-terroristische“ Staaten eingebunden zu werden, mit der Reagan den Kampf des „Guten“ gegen das „Böse“ entscheiden will.

Nicaragua muß durch den Protest der Westeuropäer davor bewahrt werden, als „zweites Libyen“ für vogelfrei erklärt zu werden.

(-/25.4.1986/vo-he/rs)

* * *



Noch niemals so viel Entgegenkommen

Anmerkungen zu Gorbatschows jüngsten Abrüstungsvorschlägen

Von Dr. Wilhelm Bruns

Abteilungsleiter im Forschungsinstitut der Friedrich-Ebert-Stiftung

Der Generalsekretär des Zentralkomitees der KPdSU, Michail Gorbatschow, hat den 11. Parteitag der SED dazu benutzt, eine neue Abrüstungsinitiative zu starten. Während seine früheren Vorschläge über die vollständige Abschaffung der Atomwaffen und die Einstellung aller Atomtests hauptsächlich an die USA gerichtet waren, wandte er sich diesmal an die Europäer. Er schlug vor, eine bedeutende Reduzierung aller Komponenten der Landstreitkräfte und der taktischen Fliegerkräfte der europäischen Staaten sowie der in Europa dislozierten Kräfte der USA und Kanadas zu vereinbaren. Ferner kündigte er neue Vorschläge für die Abschaffung chemischer Waffen an.

Berlin, im Mittelpunkt des militärischen Aufmarschgebietes in Europa gelegen, war auch der Ort, von dem aus Leonid Breschnew im Oktober 1979 ankündigte, die Sowjetunion würde aus der DDR im Laufe eines Jahres 20.000 Soldaten und 1.000 Kampfpanzer abziehen. Ein einseitiger Akt, den die Sowjets tatsächlich bis Ende 1980 vollendeten.

Was Gorbatschow unter bedeutenden Truppenreduzierungen versteht, wird man erst erfahren, wenn ein neuer sowjetischer Vorschlag in Wien bei den MBFR-Verhandlungen auf dem Tisch liegt. Der letzte westliche Vorschlag in Wien, nämlich der Abzug von 5.000 US-Soldaten und 11.500 sowjetrussischen aus Mitteleuropa kann das Attribut „bedeutend“ nicht für sich in Anspruch nehmen.

Die westlichen Staaten, vor allem die Europäer, reagierten etwas freundlicher, als üblich auf Gorbatschows Berliner Ankündigung. Aber man merkte ihrer Reaktion an, daß ihnen der Spatz in der Hand, nämlich die Mini-Reduzierungen, die derzeit in Wien zur Debatte stehen, lieber ist, als die Aussicht, den Wiener MBFR-Verhandlungen eine dramatische Wende zu geben, über deren Erfolgsaussichten wenig gesagt werden kann. Was die Europäer brauchen, sind weniger neue umfassende Pläne, als daß die, nun schon im dreizehnten Jahr vor sich hin dämmernde Verhand-



lungen in Wien, endlich zu einem ersten Abkommen führen, und sei es auch noch so bescheiden. Das würde die Stellung der europäischen Bündnispartner der NATO gegenüber den USA stärken, die die Initiative in allen Abrüstungsfragen für sich beanspruchen. Gorbatschow wäre besser gefahren, wenn er auf die Psychologie der Europäer mehr Rücksicht genommen hätte, indem er zunächst einmal dem Abschluß des ersten Teilabkommens bei MBFR zugestimmt und dann seine weiterreichenden Pläne entwickelt hätte.

Dennoch soll man Gorbatschows umfassende Bemühungen um Abrüstung nicht unterschätzen. Noch niemals hat die Sowjetunion in der Nachkriegsgeschichte soviel konstruktive Vorschläge auf allen wichtigen Gebieten der Abrüstung und Rüstungskontrolle gemacht wie heute. Noch niemals hat sie soviel Entgegenkommen gegen westliche Vorbehalte (etwa bei der Verifikation) gezeigt. Das Tragische ist, daß sie es heute mit einer amerikanischen Regierung zu tun hat, die dem Thema Abrüstung reservierter - um es vorsichtig auszudrücken - gegenübersteht, als jede andere vor ihr.

Als Breschnew 1979 seine Berliner Vorschläge machte, reagierten die Westeuropäer, allen voran die Bundesrepublik negativ, weil sie in der öffentlichen Meinung ihrer Länder keinen Zweifel an der Notwendigkeit der Nachrüstung mit Pershing II und Cruise Missiles aufkommen lassen wollten. Die Sowjets haben die Reduzierung trotzdem durchgeführt. Die Wirkung verpuffte in der Aufregung der Nachrüstungsdebatte.

Rückschauend muß man sich fragen, was unserer Sicherheit damals dienlicher gewesen wäre, die Stationierung von atomaren Mittelstreckenwaffen der NATO oder das Eingehen auf umfassende Truppenreduzierungen in Mitteleuropa. Dieses Beispiel sollte uns zu denken geben, wenn wir die Vorschläge Gorbatschows vom 18. April bewerten und wenn möglich, durch eigene Vorschläge beantworten.

(-/25.4.1986/vo-he/rs)

* * *



Arbeitsverbot am Sonntag muß erhalten bleiben

Die Entscheidung des Hamburger Amtes für Arbeitsschutz muß korrigiert werden

Von Karl Weinhofer MdB

Mitglied im Ausschuß für Arbeit und Sozialordnung des Bundestages

Der Hamburger Senat wäre gut beraten, eine Entscheidung seines Amtes für Arbeitsschutz umgehend zu korrigieren. Dessen Aufhebung des Verbots der Sonntagsarbeit für die Firma Beiersdorf AG dürfte ansonsten ungeahnte Konsequenzen für die Gesamtheit der Beschäftigten in der Bundesrepublik haben. Was hier mit „dringendem öffentlichem Interesse“ begründet wird, kann künftig dazu herhalten, den Sonntag als arbeitsfreien Tag völlig auszuhebeln. Die Begründung lautet, von der Möglichkeit neuer Schichten hingen erhebliche Erweiterungsinvestitionen mit Dauerarbeitsplätzen ab.

Mit dieser Entscheidung sind die öffentlichen Behörden künftig der Möglichkeit jedweden Druckes ausgesetzt. Welche Firma, die moderne Produktionsanlagen einsetzen kann, wird nicht so argumentieren können, daß sie diese Investitionen nur dann vornimmt, wenn sie gleichzeitig eine Ausnahmegenehmigung für Sonntagsarbeit bekommt? Die Massenarbeitslosigkeit, deren Abschaffung natürlich im öffentlichen Interesse liegt, wird so zum Erpressungsinstrument zur Aushebelung der Sonntagsarbeit. Eine soziale Schutzbestimmung aus dem Jahre 1891, für die die Sozialdemokratie, die Gewerkschaften und beide Kirchen gemeinsam eingetreten sind, wird so auf dem Altar einer besseren Maschinenauslastung geopfert.

Diese Forderung nach Aufhebung des Sonntagsarbeitsverbots gibt es schon lange. Wirtschaftsminister Bangemann und seine FDP haben sich in den letzten Monaten zu ihrem Vorreiter gemacht. Das Ziel sind Verhältnisse wie im Frühkapitalismus, in denen nicht der Mensch, sondern die Maschine und der Profit im Vordergrund stehen.

Der Zeitpunkt der Hamburger Entscheidung ist umso fataler, als immer noch der Gesetzentwurf der Bundesregierung zum Arbeitszeitgesetz auf dem Tisch liegt. Die Ausnahmeregelungen, die dieser Entwurf zuläßt, würden bereits zu einer weitgehenden Aushöhlung des Verbots der Sonntagsarbeit führen. Gleichzeitig wird der federführende Minister Blüm nicht müde, der Öffentlichkeit vorzuheucheln, als liege ihm nichts mehr am Herzen als der arbeitsfreie Sonntag.

Und noch schlimmer: die unionsregierten Bundesländer haben im Bundesrat eine Änderung durchgesetzt, die Sonntagsarbeit faktisch in der gesamten Großindustrie möglichen machen würde. Danach soll sie erlaubt sein „für den Betrieb von hochmechanisierten oder automatisierten Produktionsanlagen, bei denen infolge der Mechanisierung oder Automatisierung ein erheblicher Anteil wartender, steuernder und überwachender Tätigkeiten vorliegt.“ Begründet wird dies ausdrücklich mit der Steigerung der Kapitalintensität und der Notwendigkeit der Verbesserung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Textilindustrie. Beide Kirchen haben hier mit Recht heftigen Widerstand angekündigt.

Eines müssen sich alle, die den arbeitsfreien Sonntag aushebeln wollen, sagen lassen: sie handeln zutiefst unchristlich und unsozial.

(-/25.4.1986/vo-he/rs)

* * *

